

## *Entwicklungen & Trends 2016*

### **Weltmärkte im Preistief – trotz Klimawandel und Konflikten**

von Tobias Reichert

Die mittel- und langfristigen Risiken für die Welternährung nehmen nach Ansicht vieler Experten und internationaler Organisationen weiter zu. Besonders die wahrscheinlichen Wirkungen eines nicht oder unzureichend gebremsten Klimawandels auf die landwirtschaftliche Erzeugung sind höchst problematisch. Vor allem weil sie gerade die Länder und Bevölkerungsgruppen am stärksten betreffen werden, die schon jetzt am meisten unter Hunger leiden. Auch Bürgerkriege und politische Krisen in vielen Ländern drohen die Ernährungssituation zu verschlechtern. Der weltweit wachsende Nationalismus und Populismus macht es sowohl unwahrscheinlicher, dass Konflikte friedlich beigelegt werden, als auch, dass den Opfern geholfen wird.

#### **Hunger in der Welt – nur langsamer Rückgang**

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat in diesem Jahr keine neue Schätzung zur Zahl der weltweit Hungernden abgegeben. Der von der Welthungerhilfe mitherausgegebene Welthunger-Index, der auf mehr Indikatoren beruht als der reinen Kalorienversorgung, deutet aber auf eine weitere leichte Entspannung der Ernährungssituation hin.<sup>1</sup> Derzeit wird in keinem Land die Ernährungssituation mit dem schlechtesten Wert »gravierend« eingeschätzt. Allerdings liegen für viele Länder, die von Bürgerkriegen und Konflikten betroffen sind, keine Daten vor: Von Syrien und Libyen über den Südsudan, Burundi, Somalia und die Demokratische Republik Kongo bis zu den Komoren und Papua-Neuguinea. »Sehr ernst« ist die Ernährungssituation nach wie vor in vielen afrikanischen Ländern: der Zentralafrikanischen Republik, dem Tschad, Sambia, Madagaskar und Sierra Leone. Außerhalb Afrikas fallen nur Haiti und der bürgerkriegsgeschüttelte Jemen in diese Kategorie. In 42 Ländern ist die Lage »ernst« – darunter so große wie Indien, Nigeria, Indonesien, Pakistan und Äthiopien; letztere werden nur knapp oberhalb der Kategorie »sehr ernst« eingestuft.

Aufgrund dieser Daten ist anzunehmen, dass die Zahl der Hungernden weltweit weiter leicht zurückgegangen ist und nochmals etwas unter dem für letztes Jahr geschätzten Wert von weltweit 795 Millionen liegt. Um das im letzten Jahr verabschiedete neue Ziel der Weltgemeinschaft, den Hunger bis 2030 ganz zu überwinden, zu erreichen, müssten viel schnellere

***Leichte Entspannung  
der Ernährungssituation***

und systematischere Erfolge erzielt werden, als derzeit zu beobachten sind. Die UN formulierte dieses Ziel als Teil der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG), die den Zusammenhang von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung betonen. Der Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Agenda 2030, David Nabarro, fasst zusammen, dass Hunger nicht beendet werden kann, »ohne das Ende der Armut in ländlichen Gebieten und die Stärkung von Frauen, ohne einen Wandel in der Landwirtschaft und bei den Ernährungssystemen, oder ohne den Schutz von Ökosystemen und natürlichen Ressourcen«.² Er betont auch den engen Zusammenhang zwischen der Beseitigung von Hunger und der Bekämpfung des Klimawandels.

### Getreide: Rekordproduktion – Preise auf niedrigem Niveau

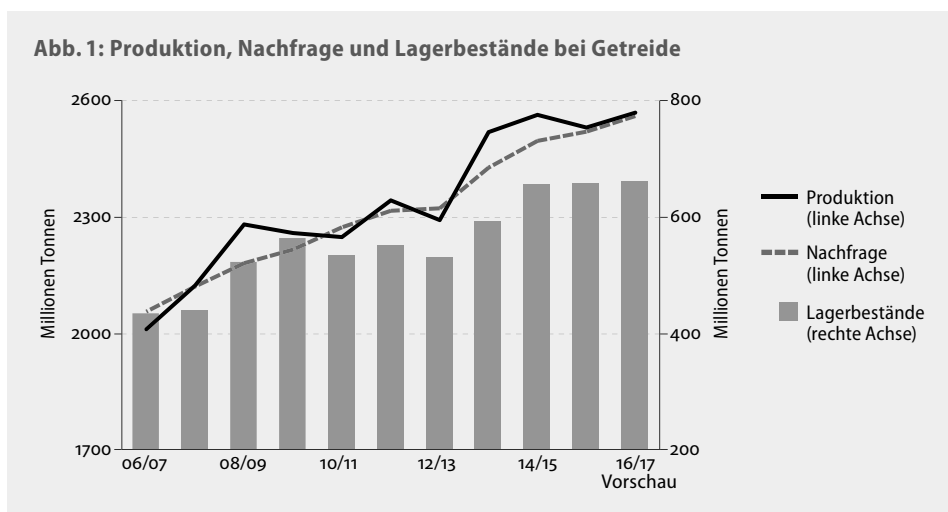
**Neuer historischer  
Höchststand**

Viele Berichte und Prognosen betonen die mittel- und langfristigen Risiken des Klimawandels für die landwirtschaftliche Erzeugung. Aktuell schlagen sich diese Bedrohungen aber weder in der globalen Produktion noch im Preisniveau auf den Weltmärkten nieder. Im Gegenteil, die weltweite Erzeugung von Getreide, der wichtigsten Kalorienquelle, hat 2016 einen mit 2,6 Milliarden Tonnen neuen historischen Höchststand erreicht.<sup>3</sup> Damit kann die zunehmende Nachfrage ziemlich exakt gedeckt werden, und die globalen Lagerbestände bleiben ziemlich konstant.

Für die menschliche Ernährung wurden 2016 etwas mehr als 1,1 Milliarden Tonnen oder gut 43 Prozent des Getreides verbraucht. Die Nutzung als Viehfutter liegt mit 922 Millionen Tonnen und 36 Prozent auf ähnlichem Niveau. Mit 2,7 Prozent Wachstum nahm die Futternutzung auch deutlich schneller zu als die für menschliche Ernährung (plus 1,3 Prozent). Der Einsatz für andere Zwecke (neben der Agrarenergie auch für die Herstellung von Stärke sowie Bier und Spirituosen) blieb mit 532 Millionen Tonnen recht konstant.

**Rückgang der  
Weltmarktpreise**

Die Weltmarktpreise für die wichtigsten Getreidearten setzen ihren Rückgang fort, der internationale Weizenpreisindex (Basisjahr 2000 bis 2002), der 2014 noch bei 181 Punkten lag, ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 auf 128 Punkte gesunken. Die Preise liegen damit nur noch etwas mehr als ein Viertel über denen von vor 15 Jahren. Bei Grobgetreide, vor allem Mais, Gerste und Hirse, geht die Entwicklung in dieselbe Richtung, ist aber weniger stark ausgeprägt. Der Index für Grobgetreidepreise der FAO sank von 183 Punkten auf 153 Punkte in diesem Jahr. Auch bei Reis ist ein Rückgang des Preisniveaus zu beobachten, der FAO-Index liegt aktuell bei 196 Punkten und damit um 39 Punkte niedriger als vor zwei Jahren. Im Vergleich zur Zeit vor der Nahrungsmittelpreis Krise der Jahre 2007/2008 liegen die Weltmarktpreise immer noch rund doppelt so hoch, während der Weizenpreis wieder auf sein Vorkrisenniveau zusteuert.



Quelle: FAO 2016 <sup>4</sup>

**Milch und Fleisch: Die EU drückt die Weltmarktpreise**

Die weltweite Erzeugung von Fleisch stagnierte im letzten Jahr bei etwa 320 Millionen Tonnen, mit einem leichten Anstieg der Erzeugung von Geflügel und einem leichten Rückgang bei Schweinen. Damit liegen die Erzeugung von Schweine- und Geflügelfleisch mittlerweile nahezu auf demselben Niveau mit knapp über bzw. unter 116 Millionen Tonnen, und deutlich über der von Rindfleisch (etwa 68 Millionen Tonnen). Der FAO Preisindex, der alle Fleischarten umfasst, zeigt zwischen 2014 und 2016 einen Rückgang von 198 auf 154 Punkte also fast um ein Viertel.

Die chinesischen Importe von Schweinefleisch steigen wie schon im Vorjahr deutlich an, da eine weitgehend stabile Nachfrage einem auch wegen höherer Umweltauflagen und niedrigen Preisen gesunkenen inländischen Angebot gegenübersteht. Weitere wichtige Importeure sind Russland, Japan, Vietnam, die USA und Mexiko. Die EU ist wichtigster Exporteur, und konnte ihre Schweinefleischexporte nach China im ersten Halbjahr 2016 um 160 Prozent steigern. Allerdings befanden sich die internationalen Preise in diesem Zeitraum auf einem historischen Tiefstand. Der FAO-Preisindex für Schweinefleisch lag nur bei 113 Punkten – 13 Prozent höher als zu Beginn des Jahrtausends. Dass die Schweineerzeuger in der EU und gerade auch Deutschland daher kaum über die Runden kommen und viele von ihnen es nicht schaffen, die europäischen Umweltgesetze einzuhalten, überrascht da nicht. Mit einiger Berechtigung könnten sich die chinesischen Schweineerzeuger genauso über europäische Exporte beschweren, wie die Europäer dies bei chinesischem Stahl tun: Es handelt sich um staatlich unterstützte (Investitionsbeihilfen für Stallbau, Liquiditätshilfen) Exporte, die mit Sozial- und Umweltdumping einhergehen. Das im Herbst 2015 von der EU-Kommission gegen Deutschland angestrebte Vertragsverletzungsverfahren hängt direkt mit den »Exportserfolgen« zusammen. Gewässerschutz und Billigexporte sind nicht leicht unter einen Hut zu bringen.

**China steigert Importe von Schweinefleisch**

Im Milchsektor ist die Situation ähnlich und die Rolle der EU womöglich noch größer.<sup>5</sup> Der internationale Milchpreisindex der FAO lag im ersten Halbjahr 2016 bei 135 Punkten. 2013 und 2014 waren es noch 243 bzw. 224 Punkte gewesen. Abbildung 2 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen den höheren Milchpulverexporten der EU und dem Absturz der Weltmarktpreise.

**Absturz der Weltmarktpreise bei Milch**

Seit 2011 haben die europäischen Milchbauern wegen der damals hohen Preise mit Blick auf das Auslaufen der Milchquote im April 2015 ihre Erzeugung um elf Millionen Tonnen gesteigert. Da die Nachfrage in der EU selbst stagniert, war die zusätzliche Menge für den Export vorgesehen. Da der Milchkurst in China und anderswo nicht so angestiegen ist, wie die Molke-reiindustrie das versprochen hatte, führte das höhere Angebot zum Verfall der Weltmarktpreise. Dass die europäischen Molkereien zu diesen niedrigen Preisen exportieren müssen, blieb auch ihren inländischen Abnehmern nicht verborgen. Lebensmitteleinzelhandel und Industrie zahlen ebenfalls nicht mehr, als auf dem Weltmarkt zu Erlösen ist. Das Milchgeld für die Bau-

**Abb. 2: Magermilchpulver – Exporte der EU-28 und Weltmarktpreis**



Quelle: Germanwatch e.V.

ern erreichte in manchen Regionen die 20 Cent-Marke pro Kilogramm, und im Supermarkt waren Preise von 40 Cent für einen Liter Vollmilch keine Seltenheit. Die Konsumenten zahlten an der Kasse also gerade mal so viel, wie bei den Bauern für ein kostendeckendes Wirtschaften ankommen müsste. In den letzten Monaten des Jahres 2016 haben sich die Preise ein wenig erholt. Auch weil EU-Kommission und Rat, nach langem Widerstand gerade aus Deutschland, auch finanzielle Anreize für Betriebe geben, die ihre Produktion begrenzen. Wie lange dieser positive Trend anhalten wird, ist schwer abzuschätzen, auch weil die EU versucht, Milchpulver, das sie zur Marktentlastung eingelagert hatte, nun wieder auf den Markt zu werfen.

### **WTO beendet Exportsubventionen und faktisch die Doha-Runde**

Im Dezember 2015 fand in der kenianischen Hauptstadt Nairobi die 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO statt. Eine Einigung zeichnete sich im Vorfeld nicht ab. Im Gegenteil drohte wegen der großen Interessengegensätze zwischen den führenden Industriestaaten USA, EU und Japan und der großen Mehrheit der Entwicklungs- und Schwellenländer ein vollständiges Scheitern. Wichtigster Konfliktpunkt war das Schicksal der 2001 auf Initiative der Industriestaaten gestarteten Doha-Runde. Obwohl das Verhandlungsprogramm als »Entwicklungsagenda« bezeichnet wurde, mussten Entwicklungsländer in unterschiedlichen Gruppen und Koalitionen hart verhandeln, bis sich nach einer Serie von Krisen und Zusammenbrüchen ein Verhandlungsergebnis abzeichnete, das ihre Interessen in wichtigen Punkten berücksichtigte. Daraufhin verloren die großen Industriestaaten das Interesse und forderten in Nairobi eine Art Neustart der Verhandlungen. Als die Entwicklungsländer darauf beharrten, auf Grundlage der schon erzielten Zwischenergebnisse weiter zu verhandeln, konnte in der Ministererklärung nur noch der Dissens zwischen beiden Lagern festgehalten werden.

Um nicht völlig mit leeren Händen nach Hause zu kommen, wurden in Nairobi einige Versprechungen für die ärmsten Entwicklungsländer (LDC) gemacht, die aber letztlich unverbindlich bleiben. Einzig greifbares Resultat ist das Verbot von direkten Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter, das für die Industriestaaten mit wenigen Ausnahmen sofort in Kraft trat. Die praktischen Auswirkungen dieses Schritts sind aber begrenzt, da EU und USA, die in den 1980er- und 1990er-Jahren Exportsubventionen in Milliardenhöhe gezahlt und damit die Weltmarktpreise gedrückt hatten, die Programme Anfang des Jahrzehnts auslaufen ließen. In der derzeitigen Niedrigpreisphase ist der Beschluss trotzdem hilfreich, da er die Diskussion darüber, ob nicht Exporte als Notmaßnahme wieder direkt subventioniert werden sollen, verhindert. Nicht einmal für Schweinefleisch, dessen Export die EU als eine der wenigen Ausnahmen noch bis 2020 subventionieren dürfte, wurde das bisher ernsthaft vorgeschlagen. Ob in Zukunft noch bei weiteren Teilbereichen der Doha-Runde Einigungen erzielt werden können, ist derzeit völlig offen. Als Gesamtpaket zur Handelsliberalisierung ist sie sicher nicht mehr wiederzubeleben.

### **Regionale Abkommen in Schwierigkeiten**

Auch als Alternative zur Doha-Runde setzten die USA und die G20-Staaten auf regionale Abkommen untereinander und mit anderen großen Handelspartnern. Das Transpazifische Partnerschaftsabkommen wurde von den Mitgliedstaaten USA, Japan, Kanada, Chile, Peru, Neuseeland, Singapur, Malaysia, Brunei und Vietnam bereits unterzeichnet. Seine Zukunft ist nach der Wahl des Immobilienmoguls und Reality TV-Darstellers Donald Trump zum US-Präsidenten völlig offen. Sowohl im Wahlkampf als auch in seinen ersten öffentlichen Äußerungen nach der Wahl hat dieser angekündigt, das Abkommen nicht vom Kongress ratifizieren zu lassen, sondern vielmehr die US-Unterschrift zurückzuziehen. Ob er dies dann tatsächlich tun wird oder seine Meinung – wie zu zahlreichen anderen Wahlkampfversprechen und -drohungen – noch ändert, weiß er wahrscheinlich nicht einmal selbst.

Die handelskritische Rhetorik Trumps im Wahlkampf, macht es auch wenig wahrscheinlich, dass er die Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU wieder aufnimmt. Zu dem Abkommen selbst hat er sich allerdings kaum geäußert. Der starke öffentliche Protest gegen TTIP diesseits des Atlantiks

**Harte Haltung der Industrieländer ...**

**... führt endgültig in die Sackgasse**

**Donald Trump: alles nur handelskritische Rhetorik?**

wird die EU-Kommission dazu zwingen, die Themen Umweltschutz und Arbeitsrechte zumindest intensiv anzusprechen, sollten die Verhandlungen weiter gehen. Ob dabei eine Einigung mit einer Trump-Administration möglich ist, die vor allem umweltpolitische Regulierungen abzubauen verspricht, ist mehr als offen.

Auf Probleme stößt die EU auch bei den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), die sie seit 2001 mit ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik verhandelt. Das Ziel, die regionale Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu stärken, die jeweils gemeinsame Abkommen mit der EU schließen und ihre Handels- und Wirtschaftspolitik koordinieren, ist außer in der Karibik und im südlichen Afrika gescheitert. In Ost-, West- und Zentralafrika haben nur einzelne Länder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet, was die handelspolitische Kooperation in Zukunft eher erschweren wird.

Angesichts des wachsenden öffentlichen Widerstands und der begrenzten wirtschaftlichen Effekte in einem bereits weitgehend liberalen Handelssystem ist offen, welche Zukunft neue Handels- und Investitionsabkommen noch haben können und sollten.

**Abkommen  
in Afrika vielfach  
gescheitert**

### **Klimaabkommen mit hohem Anspruch ...**

Anders als die Handelsabkommen in und außerhalb der WTO verlief der Klimagipfel im Dezember 2015 in Paris unerwartet erfolgreich. Die Teilnehmerstaaten, einschließlich der USA, versprachen, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius bis zum Ende des Jahrtausends zu begrenzen und möglichst nah an 1,5 Grad zu bleiben. Dies sind sehr ehrgeizige Ziele, die eine fast vollständige Abkehr von fossiler Energie für Energieversorgung, Wohnen, Verkehr und Industrie erfordern – und das innerhalb weniger Jahrzehnte. Im Abkommen wird allerdings offen gelassen, wie dies erreicht werden soll. Vielmehr soll jedes Land eigene Klimaschutzpläne entwickeln und im Rahmen des Klimaabkommens präsentieren. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Abschätzung, ob die Ziele aufgrund der kombinierten Beiträge erreicht werden können. Ist dies nicht der Fall, sind alle Länder aufgefordert, ihre eigenen Pläne wirksamer zu gestalten. Fest steht: Würden nur die bisher bekannten nationalen Pläne umgesetzt, würde sich die Erde um mindestens drei Grad erwärmen.

**Ehrgeizige Ziele**

### **... auch an die Landwirtschaft**

Dies hätte gerade für die Landwirtschaft katastrophale Auswirkungen durch häufigere Extremwetterlagen wie Dürren und Stürme und die Veränderung ganzer Klimazonen. Wie sich dies im Einzelnen auswirken würde, ist schwer realistisch abzuschätzen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass es in bereits heute trockenen Regionen trockener und in bereits feuchten feuchter wird. Besonders stark sind voraussichtlich die Länder des Südens negativ betroffen, oft gerade die in Afrika und Südasien, in denen heute noch der größte Hunger herrscht. Aber auch in China, wo der Hunger in den letzten Jahrzehnten erfolgreich zurückgedrängt werden konnte, drohen drastische Ertragseinbußen. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass China in den letzten Jahren eine führende Rolle in den Klimaverhandlungen übernommen hat.

**Globaler Süden  
besonders betroffen**

Um den Klimawandel auf ein Niveau zu begrenzen, das die globale Ernährungssicherheit nicht gefährdet, sind aber auch grundlegende Änderungen in der Landwirtschaft selbst notwendig. Zusammen mit der Landnutzungsänderung (vor allem Entwaldung) ist die Landwirtschaft für gut ein Fünftel der globalen Emissionen verantwortlich. Zählt man damit verbundene Aktivitäten wie die Düngerherstellung und den Transport hinzu, wird der Anteil noch größer. Um die Treibhausgase um mindestens 95 Prozent zu verringern, wie es für die Klimaziele notwendig ist, muss die Landwirtschaft also einen bedeutenden Beitrag leisten.

**Beitrag der  
Landwirtschaft stark  
umstritten**

Auch im deutschen Klimaschutzplan, der im November 2016 unter großen Schwierigkeiten verabschiedet wurde, war der Agrarsektor lange besonders stark umstritten. Vor allem gegen Veränderungen in der Tierhaltung, die in der derzeitigen Form für den Löwenanteil der landwirtschaftlichen Emissionen verantwortlich ist, gibt es massive Widerstände. Mit klimagerechten Haltungssystemen und entsprechenden geringeren Tierzahlen lassen sich die anfangs dargestellten »Exporterfolge« der deutschen und europäischen Fleisch- und Milchwirtschaft nicht aufrechterhalten.

## Dreifache Herausforderung

### Synergien möglich

Die FAO hat ihren Bericht zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft dieses Jahr den Zusammenhängen zwischen Klimaschutz und Landwirtschaft gewidmet.<sup>6</sup> Darin wird als besondere Herausforderung identifiziert, dass sich die Landwirte, vor allem die Kleinbauern, so an ein verändertes Klima anpassen müssen, dass sie ihre Familien weiter ernähren können und Überschüsse zum Verkauf und für die Versorgung der wachsenden Städte erwirtschaften. Dazu müssen sie Methoden entwickeln, die gegenüber Wetterextremen weniger anfällig sind als die verbreiteten Hohertragssysteme, und gleichzeitig weniger Treibhausgase emittieren. Schließlich sollte auch das Potenzial ausgebaut werden, Kohlenstoff im Boden zu speichern und der Atmosphäre damit das Treibhausgas Kohlendioxid zu entziehen. Vor allem Grasland bietet hier ein großes Potenzial. Die gute Nachricht ist, dass es zwischen vielen dieser Ziele Synergien gibt, die schlechte ist, dass sich diese nicht immer einfach und kostengünstig realisieren lassen und sich Maßnahmen auch widersprechen können.

### »Nachhaltige Intensivierung«: zweifelhafter Lösungsansatz

Als Lösungsansatz präsentiert die FAO die »nachhaltige Intensivierung«, die Ressourcen effizienter einsetzt und damit bei geringeren Emissionen höhere Erträge ermöglicht. Im Bericht werden auch agrarökologische Konzepte als Alternative oder Ergänzung erwähnt. Die Präferenz der FAO wird allerdings deutlich. Gegen die »sustainable intensification«, die als wichtigstes Element der »Klimasmarten Landwirtschaft« präsentiert wird, regt sich jedoch weltweit Widerstand aus der Zivilgesellschaft.<sup>7</sup> Sie sieht darin ein Einfallstor für agrarindustrielle Praktiken und den Einsatz von Gentechnik. Dass sich Konzerne wie Syngenta und der weltgrößte Düngerhersteller Yara führend an Allianzen zur »Klimasmarten Landwirtschaft« beteiligen, verleiht den Befürchtungen mehr Glaubwürdigkeit.

Die Möglichkeit, die Emissionen aus der Tierhaltung auch durch einen verringerten Konsum tierischer Produkte gerade in Industrie- und Schwellenländern zu senken, wird im Bericht nur am Rande erwähnt, immerhin mit dem Hinweis auf ebenfalls zu erwartende positive Gesundheitseffekte. Dass mit weniger Konsum auch weniger Produktionssteigerung nötig wäre, und damit mehr Spielraum für agrarökologische Systeme geschaffen wird, erwähnt der Bericht nicht.

## Ausblick auf 2017

In der internationalen Agrar- und Handelspolitik wird 2017 ein Jahr der Unsicherheit. Ob der neue US-Präsident seine Opposition zu Freihandelsabkommen und womöglich der WTO beibehält und ihr Taten folgen lässt, ist ebenso offen wie sein Umgang mit dem Klimaabkommen. Sicher erscheint, dass von den USA keine Impulse zu stärkerer internationaler Zusammenarbeit zu erwarten sind - im Gegenteil. Ebenso unklar ist die Frage, ob die EU ihre sich beschleunigende Akzeptanzkrise in den Griff bekommt, und eine existenzielle Bedrohung wie die Wahl von Marine Le Pen zur französischen Präsidentin abwenden kann. Auch ein nur knapper Sieg eines demokratischen Kandidaten würde die Situation nur wenig entspannen.

Die deutsche Präsidentschaft der G20-Gruppe der größten Volkswirtschaften, fällt also in eine international und europaweit außerordentlich unsichere Periode. Dass die Regierung dabei neben der Stabilität der Finanzmärkte auch den Klimaschutz und die nachhaltigen Entwicklungsziele zum Schwerpunkt macht, ist daher ebenso ehrgeizig wie sinnvoll.

### Anmerkungen

- 1 Welthungerhilfe, IFFPRI und Concern Worldwide (Hrsg.): Welthunger-Index 2016.
- 2 Ebd., S. 25.
- 3 Die Zahlen in diesem und dem Abschnitt über Milch und Fleisch entstammen alle dem Food outlook der FAO. Rome 2016.
- 4 Ebd., p. 7.
- 5 Zum Folgenden siehe T. Reichert: Milchkrise weltweit. Hrsg. von Germanwatch, ABL und aktion agrar. Berlin/Bonn 2016.
- 6 FAO: The state of food and agriculture. Climate change, agriculture and food security. Rome 2016.

- 7 U. Gröhn-Wittern: Climate Smart Agriculture. Grüne Revolution 2.0. Agrar-Info 208. Hamburg 2016.



**Tobias Reichert**  
Teamleiter Welternährung,  
Landnutzung und Handel bei  
Germanwatch e.V.

Stresemannstr. 72, 10963 Berlin  
E-Mail: reichert@germanwatch.org